

Stand der Dinge

Es ist viel leiser geworden am Flugplatz Zweedorf, obwohl die Landesregierung, – trotz des Urteils, wonach der Betrieb illegal ist –, den Flugbetrieb weiterlaufen ließ. Von über 7300 Flugbewegungen im Jahr 2006 haben wir im Moment noch ca. 300. Für den Weißstorch, der in der Hauptausflugschneise in Roggow sein Nest hatte, waren wir allerdings nicht schnell genug gewesen. Der Storch hat 2007 dort letztmalig erfolgreich gebrütet, 2008 wurde die Brut Mitte Mai abgebrochen. Danach sahen wir 2010 noch einmal einen Storch für einen Tag am Nest. Das war es dann.

Rastvögel werden nur noch von Zeit zu Zeit vom Helikopter des Flugplatzes in großen Schwärmen aufgescheucht. Für die meisten Vogelarten haben die Störungen aus der Luft deutlich abgenommen. Damit haben neue Projekte etwa zur Renaturierung von Salzwiesen oder ungestörten Röhrlichtgebieten am Salzhaff endlich eine Chance auf erfolgreiche Umsetzung.



Helikopter D-HERR vom Flugplatz scheucht Kraniche



Demonstration des BUND vor dem für Verkehr zuständigen Landesministerium in Schwerin

Also alles gut soweit? Natürlich nicht. Der Glaube an unseren Rechtsstaat ist ein gutes Stück auf der Strecke geblieben. Auch von an anderen Orten in Deutschland sind uns ähnliche Missstände wie an unserem Flugplatz zugetragen worden. Auch dort flogen jahrelang pseudo-russisch registrierte Flugzeuge. Auch dort haben Behörden nicht rigoros eingegriffen.

Ungut ist auch, dass unser Gerichtsverfahren noch immer nicht zu einem Ende gekommen ist. Die Prozessverschleppung auf jetzt bald über 10 Jahre (!) muss ein Ende haben! Der Flugbetrieb am Flugplatz muß zeitnah eingestellt werden, das Schreckensgespenst eines „Airparks“ muss endgültig vom Tisch! Außerdem sind mittlerweile andere Störquellen, wie z.B. die schnellen Wassersportarten desaströs für die Vogelwelt in der Wismarbusch geworden und erhalten sogar noch Unterstützung durch die politische Spitze des Landesumweltministeriums. Wir werden also nicht arbeitslos...

...und streiten munter weiter für die einzigartige Natur an der Ostsee.

Fazit:

Wir haben eine ganze Menge über Luftfahrtregeln und unser Staatssystem gelernt. Wir haben gesehen, dass federführende Mitarbeiter von Ministerien gravierende Fehler machen können und dadurch das Allgemeinwohl mit Füßen treten. Wir haben gelernt, dass die Kontrolle durch Kollegen in der eigenen Behörde (Vier-Augen-Prinzip), durch den Minister oder durch das Parlament nicht funktioniert, sei es aus Mangel an Fachwissen oder aus Mangel an politischem Willen bei den Akteuren. Ohne generell öffentliche Sitzungen der Parlamentsausschüsse und ohne Anwesenheit des Petenten bei Petitionsausschusssitzungen kann die nicht vorhandene Kontrolle und die mangelnde, fachliche Eignung der Akteure all zu leicht kaschiert werden.

Des Weiteren haben wir erfahren, dass unser Rechtsstaat eher einer noblen Absichtserklärung gleicht. In der Praxis weist er schwerwiegende Konstruktionsmängel auf. So können wir zwar Gerichte anrufen, wenn wir oder die Natur widerrechtlich behandelt werden. Wir können aber, selbst wenn wir in einer ersten Gerichtsinstanz auf der ganzen Linie Recht bekommen haben, bis zum Sankt Nimmerleinstag warten, um Recht auch in der Praxis zu erleben. Ungeahndete Prozessverschleppung macht es möglich und wird so zu einem politischen Instrument. Denn Prozessverschleppung kann auf direkte Einflussnahme der Politik oder schlechte Ausstattung der Gerichte durch die Politik begründet sein. Zudem bleiben Kläger, selbst wenn sie auf dem Gerichtsweg schwere Fehler der Regierung schließlich korrigieren können, auf dem überwiegenden Teil ihrer Verfahrenskosten sitzen. Es sollte umgekehrt sein und diejenigen noch Gute-Staatsbürger-Premien bekommen, die es auf sich nehmen, staatliche Fehler zu korrigieren. Auch die Stellung der Staatsanwaltschaft, als Monopolinstanz in Strafsachen, ist mit einem Rechtsstaat, in dem Gewaltenteilung herrschen sollte, nicht vereinbar. Nach §§ 146 und 147 Gerichtsverfassungsgesetz sind Staatsanwälte nämlich weisungsabhängig vom jeweiligen Justizminister des Landes, - also der Regierung. D.h. die Regierung kann unliebsame Ermittlungen einstellen lassen. Alternativ kann es für Staatsanwälte attraktiv sein, sich in vorseilendem Gehorsam regierungsfreundlich zu verhalten.

Wir haben aber auch gelernt, dass eine kleine Umweltgruppe mit viel Freude an der Sache eine ganze Menge bewirken kann, sogar und gerade wenn sie „politisch“ wird.



BUND Ortsgruppe
Salzhaff-Rerik

FREUNDE DER ERDE

Die Ortsgruppe Salzhaff-Rerik des Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland e.V. (BUND), Landesverband M-V, besteht seit 2008 und ist seit 2009 online.

Sie ist aus einer Initiative von Bürger*innen gegen den Flugplatz Zweedorf hervorgegangen, der in unmittelbarer Nähe zum Europäischen Vogelschutzgebiet Wismarbucht/Salzhaff an der Ostsee situiert ist.

[Zu unserer Homepage](#)

BUND Ortsgruppe Salzhaff-Rerik
Gartenweg 7
18233 Teßmannsdorf

Tel. 038294-15366
E-Mail: mail@bund-salzhaff.de